

DIENSTRECHTSREFORM

Ausgabe Juni 10

Die DGB-Flugblattserie zur Dienstrechtsreform

*Reform ist,
wenn es besser wird*

DGB

DGB überreicht Landesregierung Entwurf zum Gesundheitsmanagement

Der DGB und seine Mitgliedsge-
werkschaften im Öffentlichen Dienst
trafen sich am 17. Juni 2010 zum
Spitzengespräch bei Staatsminister
Helmut Rau und Innenminister
Heribert Rech im Staatsministerium.
Gesprächsinhalt war die Dienst-
rechtsreform.

Der DGB hatte in den Wochen
zuvor eine umfassende Stellung-
nahme (ca. 80 Seiten) zum 700sei-
tigen Anhörungsentwurf zur Dienst-
rechtsreform abgegeben.

Der DGB-Vorsitzende Landgraf
bescheinigte dem Gesetzentwurf für
das neue Dienstrecht durchaus posi-
tive Aspekte. Ein Mehr an Fami-
lienfreundlichkeit, Trennung der
Alterssicherungssysteme sowie
Abschaffung unnötiger Alters-
grenzen im Laufbahnrecht weisen
in die richtige Richtung für ein
modernes Dienstrecht.

Mit Blick auf die Verlängerung der
Lebensarbeitszeit erscheint aber
der Gesetzentwurf als wenig demo-
grafiefest. „Die Landesregierung
muss in Sachen Qualifizierung,
Gesundheitsprävention sowie in
motivierenden Arbeitszeitmodellen



nachlegen, um den Herausforde-
rungen der Demografie gerecht zu
werden“, fordert Nikolaus Landgraf.

Der DGB will die Landesregierung
dabei unterstützen und überreichte
einen Vereinbarungsentwurf zum
Gesundheitsmanagement in der
Landesverwaltung. Diese beinhaltet
Maßnahmenvorschläge, mit denen
die von der Landesregierung einge-
planten sechs Millionen Euro effek-
tiv im Sinne des Arbeits- und
Gesundheitsschutzes eingesetzt
werden können. Schließlich müssen
die Beamtinnen und Beamten nun
längere Lebensarbeitszeiten in Kauf
nehmen.

Im Gespräch übte der DGB-
Vorsitzende harte Kritik an den
Verschlechterungen der Mitbestim-
mung. Die beabsichtigten Rege-
lungen stehen im Widerspruch zu
den Aussagen, die Stefan Mappus
als designierter Minister-präsident
am 30. Januar auf der DGB-
Bezirkskonferenz gemacht hat. Der
DGB-Vorsitzende fordert angesichts
der Herausforderungen im öffentli-
chen Dienst ein modernes Mitbe-
stimmungsrecht mit mehr Betei-
ligung der Personalräte. Personalräte brachten zu Beginn
des Gespräches vor den Toren des
Staatsministeriums ihren Unmut
über die geplanten Verschlechte-
rungen zu Ausdruck und stärkten
der DGB-Delegation den Rücken.



Der DGB lehnt weiterhin eine
Anhebung der Sonderaltersgrenzen
für die Vollzugsdienste ab.“ Die
Einsatzbedingungen sind nicht
leichter geworden. Die Bürgerinnen
und Bürger dürfen nicht die Zeche
bezahlen, wenn Feuerwehr oder
Polizei nicht mehr uneingeschränkt
leistungsfähig sind“, fordert der
DGB-Vorsitzende Landgraf.